

Forderung	SPD	CDU	CSU	Die Linke	FDP	Die Grünen
<p>1 Schutz des privaten Eigentums an Grund und Boden als Grundlage für eine nachhaltige, generationsübergreifende Bewirtschaftung</p>	<p>Das Grundeigentum und die Rechte und Pflichten der Grundeigentümer ist im Grundgesetz geregelt. Worauf die Forderung abzielt, ist nicht ganz klar. Selbstverständlich werden die Rechte und Pflichten der Grundeigentümer vom Gesetzgeber spezifiziert, um eine nachhaltige generationenübergreifende Bewirtschaftung tatsächlich zu erreichen. Die gute fachliche Praxis, die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, die Biodiversitätsstrategie, internationale Verpflichtungen z.B. im Rahmen der Klimaveränderungen sind selbstverständlich Leitplanken, an denen sich europäische und nationale Gesetzgebung ausrichtet.</p>	<p>Für die CDU ist das Grundrecht Eigentum zu bilden und zu vererben seit jeher ein elementarer Bestandteil unserer freiheitlichen Gesellschaft. Wir treten für eine breite Eigentumsstreuung in der Hand von Landwirten ein, damit der ländliche Raum standortgerecht und regional angepasst bewirtschaftet werden kann. Eigentum fördert die Investitionsbereitschaft, Eigentum schafft Standortverbundenheit, Eigentum ist daher ein wichtiger Stabilitätsanker für die ländlichen Räume insgesamt. Wir haben dieser Überzeugung im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten bei der Neuregelung der Erbschaftsteuer Rechnung getragen. Wir wollen, dass das Eigentum in den landwirtschaftlichen Betrieben geschätzt wird und dass es weitervererbt werden kann, so dass eine gute Grundlage für den Generationswechsel besteht. Auch bei der Bewahrung und Schonung der Ressourcen spielt das private Eigentum an Grund und Boden eine wichtige Rolle. Es schafft die Bereitschaft, von Generation zu Generation verantwortlich mit den Ressourcen umzugehen. Die Selbstverantwortung und Identifikation der Menschen mit ihrem Eigentum sind wirksamer als Auflagen des Staates. Wir wollen den</p>	<p>Der in Art. 14 GG verankerte Schutz des Eigentums ist eine wesentliche Grundlage unseres Rechtsstaates. Erwachsenend aus diesem Grundrecht setzt sich die CSU für die unbedingte Wahrung der Eigentumsrechte ein. Gerade bäuerliche Familienbetriebe sind mit ihrer breiten Streuung von Eigentum an Grund und Boden auf die Wahrung der Eigentumsrechte angewiesen, denn der Grundbesitz ist das Fundament einer jeden Landwirtschaft. Weiterhin wollen wir den Verlust landwirtschaftlicher Flächen durch Baumaßnahmen und ökologische Ausgleichsflächen eindämmen. Jeder Eingriff, der landwirtschaftliche Nutzfläche der Produktion entzieht, muss abgewogen werden und kommt nur als letzte Möglichkeit in Frage. Wir werden dafür sorgen, dass die Landwirte frühzeitig in geplante Vorhaben eingebunden werden und die Verantwortung für Ausgleichsflächen möglichst beim Landwirt belassen, das Flächenmanagement für Ausgleichsflächen verbessert und die Möglichkeit für einen finanziellen Ausgleich erweitert wird. Schließlich werden wir das im Kompromiss mit der SPD beschlossene Erbschaftssteuerrecht</p>	<p>Die LINKE bekennt sich zum Eigentum und Erbrecht, sieht allerdings nicht nur privates Eigentum an Grund und Boden als Grundlage für eine nachhaltige, generationenübergreifende Bewirtschaftung und sie wird schon gar nicht allein dadurch garantiert. Das Recht auf Eigentum ist Bestandteil der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (Artikel 17) und des Grundgesetzes in Artikel 14. Damit steht der Schutz des Eigentums an Grund und Boden aus Sicht der LINKEN nicht in Frage. Im Artikel 14 des Grundgesetzes ist allerdings auch verankert, dass der Gebrauch des Eigentums zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll. In diesem Artikel ist eine der wesentlichen Erkenntnisse aus den geschichtlichen Erfahrungen unseres Volkes niedergeschrieben und beide Aspekte müssen in der Politik Berücksichtigung finden. Die Einschätzung einer schleichenden Enteignung der Arbeitsgemeinschaft der Grundbesitzerverbände teilt die LINKE nicht. Im Gegenteil: Bodeneigentum ist nach wie vor hoch attraktiv. Das zeigt die Entwicklung der stark steigenden Bodenpreise gerade in Ostdeutschland, die durch die</p>	<p>Für die FDP ist der Schutz der Eigentumsrechte eine Grundsatzfrage. Freiheitliche Politik hat zum Ziel, das Eigentum in der Hand von möglichst vielen Menschen zu schützen und zu fördern. Freiheit und Eigentum sind untrennbar miteinander verknüpft. Freiheit braucht Eigentum und Eigentum schafft Freiheit. Dennoch hat der Schutz der Eigentumsrechte in der rot-grünen aber auch in der schwarz-roten Bundesregierung gravierend an Bedeutung verloren. Insbesondere die eigentumsfeindliche Erbschaftsteuer unterstreicht diese Fehlentwicklung. Dem stellt sich die FDP mit aller Macht entgegen.</p>	<p>Privateigentum an Grund und Boden ist ohne Frage ein Grundrecht unserer Demokratie, zu dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich klar bekennen. Aber Eigentum verpflichtet auch, sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Das ist ebenfalls ein Grundstein unserer Demokratie.</p>

		<p>erzielten Kompromiss zur Erbschaftssteuer insbesondere mit Blick auf seine familiengerechte Ausgestaltung und im Licht der Wirtschafts- und Finanzkrise überprüfen.</p>	<p>ändern. Für die CSU ist das durch die Verfassung gesicherte Grundrecht, Eigentum zu bilden und zu vererben, seit jeher elementarer Bestandteil unserer freiheitlichen Gesellschaft. Es kann schon aus dem christlichen Familienbild heraus ein Erbschaftssteuerrecht nicht Bestand haben, das Schwester und Bruder, Nichte und Neffe behandelt, als ob sie nicht verwandt wären. Da die Erbschaftssteuer eine Ländersteuer ist, soll die Zuständigkeit für ihre Regelung auch auf die Länder übergehen.</p>	<p>preistreibenden Verkaufspraktiken der BVVG sogar noch gefördert wird. Für die LINKE steigt mit anwachsendem Vermögen die soziale Verantwortung und Leistungsfähigkeit der Vermögenden. Der Schutz des Eigentums steht damit nicht in Frage, da er nicht mit dem Schutz von Vermögen gleichgesetzt werden darf. Daher fordert die LINKE eine Vermögenssteuer, um mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen.</p>		
--	--	--	--	---	--	--

Forderung	SPD	CDU	CSU	Die Linke	FDP	Die Grünen
2. Stärkung der nachhaltigen, standortgerechten Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen für eine umwelt- und tiergerechte Grundversorgung für die heutige und künftige Generationen	Die Landwirtschaft steht vor neuen Herausforderungen. Der Klimawandel, die Wasserversorgung, die biologische Vielfalt aber auch die Bereitstellung nachwachsender Rohstoffe zur energetischen und stofflichen Nutzung sowie die Produktion gesunder Nahrungsmittel erfordern Anpassungen, bei denen wir die Landwirtschaft gerne unterstützen. Unser Leitbild ist eine multifunktionale, flächendeckende und standort angepasste Landwirtschaft. Artgerechte Tierhaltung ist eine für uns eine selbstverständliche Voraussetzung, um die Wünsche der Verbraucherinnen und Verbraucher erfüllen zu können. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass nach 2013 die EU-Agrarförderung an den für die Gesellschaft erbrachten Leistungen, die über die Einhaltung von Gesetzen hinausgehen, orientiert wird.	CDU tritt ein für eine wirtschaftliche und gleichzeitig standortgerechte, umwelt- und tierfreundliche Landwirtschaft. Die von den Märkten nicht entlohnten, aber gesellschaftlich erwünschten Leistungen der Landwirtschaft für die Kulturlandschaft und das Gemeinwohl müssen angemessen honoriert werden. Nur dann können hiesige Betriebe im internationalen Wettbewerb bestehen und weiterhin eine flächendeckende Landbewirtschaftung sichern. Deshalb setzen wir auch bei der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik auf das europäische Agrarmodell einer nachhaltigen, multifunktionalen und vielfältigen Landwirtschaft und die flächendeckende Erhaltung der Kulturlandschaften. Wir wollen es im EU-Haushalt nach 2013 absichern. Wir brauchen eine starke erste Säule und eine finanziell gut ausgestattete zweite Säule der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik. Gleichzeitig wird sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft weiter fortsetzen. Die Produktivitätssteigerungen durch den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt und veränderte Märkte erfordern einen ständigen Prozess der Anpassung und der Weiterentwicklung. Das gilt in der Landwirtschaft	Die Politik der CSU gründet in unserer Verantwortung für die Zukunft. Für die CSU ist Nachhaltigkeit ein grundlegender Handlungsmaßstab. Wir wollen die Lebenschancen der künftigen Generationen mehren und nicht verzehren. Nachhaltigkeit bedeutet für uns, konservativ bewahrend und zugleich fortschrittlich mit dem Mut zu neuen Wegen handeln. Die Landwirtschaft wird auch in Zukunft mit ihrer Vielfalt der Landnutzung die Kulturlandschaft als Lebens- und Wirtschaftsraum und als Erholungsraum prägen. Die von den Märkten nicht entlohnten, aber gesellschaftlich erwünschten Leistungen der Landwirtschaft für die Kulturlandschaft und das Gemeinwohl müssen vom Staat angemessen honoriert werden. Nur dann können hiesige Betriebe im internationalen Wettbewerb bestehen und weiterhin eine flächendeckende Landbewirtschaftung sichern. Weiterhin setzt sich die CSU in Deutschland und auf europäischer Ebene für den Tierschutz ein. In Europa muss eine artgerechte Tierhaltung gemeinsam verwirklicht werden. Tierversuche und Tiertransporte dürfen nur unter strengen Voraussetzungen zugelassen werden. Wir setzen uns dafür ein, dass	Es bleibt eine bedeutende agrarpolitische Aufgabe eine nachhaltige und standortgerechte Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen zu sichern. Besondere Maßstäbe setzt die ökologische Landwirtschaft, an deren Umwelt und Sozialleistungen sich auch die herkömmliche Landwirtschaft zunehmend messen lassen muss. Die LINKE tritt für eine zielgenauere Bindung der betrieblichen Direktzahlungen an Sozial- und Umweltleistungen in der kommenden EU Förderperiode ein. Damit kann effizient für die Stärkung einer nachhaltigen und umweltgerechten Landwirtschaft gesorgt werden.	Die Landwirtschaft ist eine innovative Zukunftsbranche. Deutschland ist ein agrarischer Gunststandort. Die steigende Weltbevölkerung, die steigende Nachfrage nach Lebensmitteln und Energie erfordern eine nachhaltige, wettbewerbsfähige, effiziente und unternehmerische Landwirtschaft. Die FDP will die agrarpolitischen Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe verbessern. Als mittelständische Unternehmer brauchen Landwirte Planungssicherheit und Verlässlichkeit.	Ziel grüner Landwirtschaftspolitik ist es, die multifunktionale, nachhaltige Landwirtschaft zu unterstützen, also die Landwirtschaft, die in der Lage ist, die Landschaft zu pflegen, die Naturräume zu erhalten, einen wesentlichen Beitrag zur Vitalität des ländlichen Raums zu leisten und den Anliegen und Anforderungen der Verbraucher in Bezug auf die Qualität und die Sicherheit der Lebensmittel, den Umweltschutz und den Tierschutz gerecht zu werden. In diesem Sinne wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die grüne Agrarwende fortsetzen und treten für eine Umgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik ein nach dem Grundsatz: öffentliche Gelder für gesellschaftliche Leistungen. Die Betriebe, die sich im Bereich Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz engagieren und Arbeitsplätze schaffen, sollen angemessen dafür honoriert werden.

		<p>genauso wie in allen anderen Wirtschaftszweigen. Diese Entwicklung will die CDU durch eine vorausschauende Politik unterstützen und moderne Produktionsmethoden fördern. Wir werden insbesondere Investitionen und Innovationen in der Land- und Ernährungswirtschaft fördern, die sie effizienter machen und gleichzeitig tier- und umweltfreundlich sind.</p>	<p>Tiertransportzeiten in der EU weiter begrenzt werden. Zur Reduzierung von Tierversuchen werden wir die Entwicklung von Ersatzmethoden weiter fördern. Allerdings entscheiden neben der Normsetzung durch die Politik die Verbraucher durch ihr Kaufverhalten, in welchem Maße eine art- und umweltgerechte Tierhaltung verwirklicht werden kann. Die CSU will die Konsumenten deshalb durch Bildung und Verbraucheraufklärung zu Qualitätsbewusstsein anhalten.</p>			
--	--	--	--	--	--	--

Forderung	SPD	CDU	CSU	Die Linke	FDP	Die Grünen
3. Erhalt und die Förderung des Waldes und naturnaher Lebensräume für eine Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt	<p>Eine Novelle des Bundeswaldgesetzes steht weiterhin auf der politischen Agenda. Wir wollen das Bundeswaldgesetz an die heutigen Erfordernisse einer nachhaltigen Waldwirtschaft anpassen und dieses mit der Vereinbarung zur biologischen Vielfalt, der nationalen Biodiversitätsstrategie und der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie in Einklang bringen. Deshalb ist es dringend erforderlich die gute fachliche Praxis zu definieren, z. B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhaltung der Waldökosysteme als Lebensraum einer artenreichen heimischen Pflanzen- und Tierwelt; • Aufbau naturnaher Wälder mit hinreichendem Anteil standortheimischer Baumarten unter Ausnutzung geeigneter Naturverjüngung und Verwendung geeigneten forstlichen Vermehrungsgutes bei Erhalt und der genetischen Vielfalt; • Anwendung von bestands- und bodenschonenden Techniken, insbesondere bei Verjüngungsmaßnahmen, Holznutzung und -transport; • Nutzung der Möglichkeiten des integrierten Pflanzenschutzes unter weitestgehendem Verzicht auf Pflanzenschutzmittel; • Verzicht auf Einbringung gentechnisch modifizierter Organismen in den Wald; • Anpassung der 	<p>Für die CDU ist die biologische Vielfalt ein Kernelement der Schöpfung. Naturreichtum und eine hohe Artenvielfalt von Pflanzen, Tieren und Mikroorganismen sind Voraussetzungen für sauberes Wasser, reine Luft und fruchtbare Böden, auf denen gesunde Nahrungsmittel in ausreichendem Umfang erzeugt werden können. Eine intakte Natur ist auch ein zentraler Wirtschaftsfaktor. Sie sichert Wertschöpfung und Beschäftigung. Der Schutz der Umwelt in unserem Land war in den vergangenen Jahren eine Erfolgsgeschichte, zu der auch die CDU tatkräftig beigetragen hat. Wir wollen den Naturreichtum und die Artenvielfalt unserer Heimat weiter bewahren. Der Erhalt der Wälder hat dabei eine zentrale Bedeutung, denn sie sind Lebensraum vieler Arten und die Lunge der Welt zugleich. Die CDU verbindet mit ihrer nachhaltigen Forstpolitik ökonomische und ökologische Ziele. Wir wollen standortgemäße und zukunftssichere Wälder. Deshalb unterstützen wir die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder und den Aufbau stabiler Laub- und Mischwälder. 2007 wurden die bestehenden Fördermöglichkeiten zu einem umfassenden neuen Fördergrundsatz „Förderung einer naturnahen Waldbewirtschaftung“</p>	<p>Der Erhalt der Wälder hat eine zentrale Bedeutung, denn sie sind Lebensraum vieler Arten und die Lunge der Welt zugleich. Die CSU will mit ihrer nachhaltigen Forstpolitik ökonomische und ökologische Ziele miteinander verbinden. Wir wollen standortgemäße und zukunftssichere Wälder erhalten oder wiederherstellen. Dies sichert die wirtschaftlichen und ökologischen Leistungen des Waldes für unsere ganze Gesellschaft. Die Wälder sind ein prägender Bestandteil unserer Kulturlandschaft. Der Wald liefert den umwelt- und klimafreundlichen nachwachsenden Rohstoff und Energieträger Holz. Die Forstwirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur Umwelt und Klimavorsorge sowie zum Ressourcenschutz. Die CSU will, dass die Wälder als Wirtschaftsgut genutzt und zugleich als Naturerbe erhalten werden. Die Wälder sind von Klimaveränderungen besonders betroffen. Es gehört zu den vorrangigen gesellschaftlichen Aufgaben, die Wälder auf diese Veränderungen vorzubereiten und so die Leistungs- und Schutzfähigkeit zu erhalten. Für diese Ziele ist ein beschleunigter Umbau der Wälder hin zu naturnahen</p>	<p>Der Erhalt und die Förderung des Waldes sowie naturnaher Lebensräume sind in der Gesellschaft unumstritten. Es bleibt aber in der Realität oft ein Zielkonflikt zwischen ökonomischen und ökologischen Interessen. Dabei strebt die LINKE eine Änderung des Bundeswaldgesetzes an, die dem Erhalt und der Förderung des Waldes im Interesse der gesamten Gesellschaft auch wirklich dient.</p>	<p>Die multifunktionale Forstwirtschaft nimmt in Deutschland und Europa eine zentrale Rolle für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung ein. Neben den klassischen, vielfältigen Nutz-, Schutz- und Erholungswirkungen des Waldes erbringt die Forstwirtschaft auch wesentliche Leistungen zur Bewältigung aktueller Problemstellungen wie beispielsweise im Zusammenhang mit dem Klimawandel und der Biodiversität. Gleichzeitig hat die Forstwirtschaft aber auch regelmäßig klimabedingte Naturkatastrophen, insbesondere Sturmwurf und Borkenkäferbefall, zu bewältigen. Im Gegensatz zu vielen anderen Branchen ist die Forstwirtschaft nicht nur von der allgemeinen Wirtschaftskrise stark betroffen, sondern bereits durch die genannten Naturkatastrophen erheblich vorbelastet.</p>	<p>Wir wollen die Natur und die biologische Vielfalt schützen und sie nicht gegen andere Politikfelder ausspielen. Entlang den Zielen der UN-Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) unterstützen wir GRÜNE aus vollen Kräften den Schutz der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und ihrer Lebensgrundlagen sowie die gerechte Aufteilung der Vorteile aus der Nutzung genetischer Ressourcen. Einseitige Klimawandel und der Biodiversität. Gleichzeitige gesonderten Art beziehen, greifen zu kurz. Wir fordern deshalb die Integration des Biodiversitätsschutzes in alle Politikbereiche und als Querschnittsaufgabe. Ein aktueller Bericht der Europäischen Kommission zum Zustand der nach der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH) geschützten Biotope und Arten hat gezeigt, dass es in Europa und Deutschland schlecht bestellt ist um den Schutz der biologischen Vielfalt. Eine Ursache hierfür ist die unzureichende finanzielle Ausstattung der Natura 2000-Gebiete, die die Umsetzung der notwendigen Schutzmaßnahmen gefährdet. Wir Grünen fordern von Bund und Ländern, dass sie den von der EU vorgesehen Spielraum nutzen und auch</p>

	<p>Wilddichten an die natürliche Biotopkapazität der Waldökosysteme;</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erhaltung von Alt- und Totholz; • Grundsätzlicher Verzicht auf Kahlschläge u.v.m. 	<p>zusammengefasst. Das kommt gerade den privaten Waldbesitzern zugute. Im Rahmen einer nationalen Strategie fordern wir zudem ein mit Ländern und Kommunen, mit Waldbesitzern und Landnutzern eng abgestimmtes Bundesprogramm zum Schutz der biologischen Vielfalt. Wir sprechen uns für die Vernetzung ökologisch besonders wertvoller Gebiete in einem Verbundsystem aus und streben ein europa- und Schutzgebieten unter stärkerer weltweites System von Einbindung der regional unterschiedlichen Kulturlandschaften an.</p>	<p>und stabilen Beständen notwendig. Die privaten Waldbesitzer sind hierfür durch finanzielle Hilfen und gemeinwohlorientierte Beratung zu unterstützen. Im Rahmen einer nationalen Strategie fordern wir ein mit Ländern und Kommunen, mit Waldbesitzern und Landnutzern eng abgestimmtes Bundesprogramm zum Schutz der biologischen Vielfalt. Denn die Artenvielfalt ist ein wichtiger Indikator für unsere Naturschutzpolitik. Gerade Wälder dienen dem Artenschutz. Sie sind Rückzugsraum für eine Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten und gewährleisten ein hohes Maß an ökologischer Stabilität. Mit einer naturnahen Bewirtschaftung bewahren wir den Wald als wertvollen Ruhe und Erholungsraum für die Menschen in Deutschland. Wir sprechen uns für die Vernetzung ökologisch besonders wertvoller Gebiete in einem Verbundsystem aus und streben ein europa- und weltweites System von Schutzgebieten unter stärkerer Einbindung der regional unterschiedlichen Kulturlandschaften an.</p>			<p>die europäischen Strukturfonds zur Finanzierung von Natura 2000-Gebieten heranziehen. Eine Co-Finanzierung der Kompensationszahlungen für Land- und Forstwirte über die Gemeinschaftsaufgabe zur "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) muss ermöglicht und analog zu den Agrarumweltmaßnahmen ein Angebot für den Wald entwickelt werden.</p>
--	---	---	--	--	--	--

--	--	--	--	--	--	--

Forderung	SPD	CDU	CSU	Die Linke	FDP	Die Grünen
4. Bewahrung des bestehenden Jagdrechtssystems mit seiner Bindung an das Grundeigentum	Nach der Änderung des Grundgesetzes aufgrund der Ergebnisse der Föderalismuskommission ist das Jagdrecht mit Ausnahme der Ausbildung Landesrecht.	Das Bundesjagdgesetz und das deutsche Jagdrecht haben sich bewährt. Die Bindung der Jagd an Grund und Boden, wie sie seit dem Jahre 1848 besteht, ist sinnvoll. Denn die Jagd ist eine Nutzung natürlicher Ressourcen, die mit dem Grund und Boden zusammenhängt.	Das Bundesjagdgesetz und das deutsche Jagdrecht haben sich bewährt. Deshalb ist es richtig, im Grundsatz daran festzuhalten und das Jagdrecht nur dort, wo sich Notwendigkeiten ergeben, zeitgemäß weiterzuentwickeln. Die Bindung der Jagd an Grund und Boden, wie sie seit dem Jahre 1848 besteht, ist sinnvoll. Denn die Jagd ist eine Nutzung natürlicher Ressourcen, die mit dem Grund und Boden zusammenhängt.	Das Jagdrecht soll in Deutschland an Grund und Boden gebunden bleiben. DIE LINKE setzt sich dabei besonders für die Rechte der Kleineigentümerinnen und -eigentümer ein. Grundsätzlich sollten in Deutschland durch die Eigentümerinnen und Eigentümer mit der Verpachtung der Fläche auch die Jagdrechte an die Landbewirtschafterinnen übertragen werden können. So können eine regional verankerte Jagd zukünftig ermöglicht und Nutzungskonflikte (z.B. Wildschäden) verringert werden. Es ist darüber hinaus abzusichern, dass auch in Zukunft staatliches bzw. gesellschaftliches Eigentum an Wald- und Naturflächen erhalten bleibt. Die Jagdmöglichkeit auch für Jägerinnen und Jäger ohne Grundbesitz und Eigenjagd darf nicht allein vom Wohlwollen privater Grundbesitzerinnen und Grundbesitzer abhängen. Die mit großem Druck betriebene Privatisierung staatlichen Eigentums durch die BVVG lehnt die LINKE ebenso wie den verstärkten Verkauf landeseigener Flächen durch die Bundesländer ab.	Das Bundesjagdgesetz gilt im internationalen Vergleich als vorbildlich, weil es die Verantwortung für die jagdbaren Tierarten in die Hände der Grundstückseigentümer und Jäger legt. Dies gewährleistet eine pflegliche und nachhaltige Nutzung des Wildes und hält den staatlichen Kontrollaufwand in engen Grenzen. Das Bundesjagdgesetz hat sich grundsätzlich bewährt. Bundeseinheitliche Regelungen zum Erhalt des Reviersystems und der obligatorischen Mitgliedschaft der Grundeigentümer in der Jagdgenossenschaft sind zu erhalten.	Für BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN erfüllt die Jagd wichtige Funktionen – wenn sie nach Kriterien der Nachhaltigkeit, der Ökologie und des Tierschutzes ausgeführt wird. Eine ökologisch ausgerichtete, nachhaltige Jagd nutzt den Tierpopulationen und dem Naturhaushalt – insbesondere dem Wald –, aber auch dem Menschen, der im Wald Natur beobachten will und Erholung sucht. Sie trägt zur Erhaltung vitaler standortheimischer wild lebender Arten bei und sichert deren Lebensräume. Wir halten eine Novellierung des seit 1976 unverändert bestehenden Jagdrecht unter Berücksichtigung einer naturnahen Waldbewirtschaftung und unter Tierschutzaspekten für erforderlich. Dabei soll das Jagdrecht unter grundsätzlicher Beibehaltung des Reviersystems weiterhin an Grund und Boden gebunden bleiben.

Forderung	SPD	CDU	CSU	Die Linke	FDP	Die Grünen
5. Ausbau der nachhaltigen Produktion des Rohstoffes Holz zur Sicherung unserer natürlichen Ressourcen	Siehe Antwort Ziffer 3	Der Wald liefert den umwelt- und klimafreundlichen nachwachsenden Rohstoff und Energieträger Holz. Die Forstwirtschaft leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Umwelt- und Klimavorsorge sowie zum Ressourcenschutz. Die Nutzung der Wälder sichert in vielen Betrieben Einkommen und Beschäftigung. Die CDU will den Wald als Quelle nachwachsender Rohstoffe pflegen und nutzen. Die Betriebe sollen von einer weltweit steigenden Nachfrage nach Holz und Holzprodukten profitieren und ihre Chancen nutzen können. Im Mittelpunkt steht dabei die praxisorientierte und effiziente Unterstützung der forstlichen Selbsthilfeeinrichtungen. Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz fördern wir die Bildung von Forstbetriebsgemeinschaften. Wir wollen ihnen bzw. den forstwirtschaftlichen Vereinigungen die Möglichkeit des Verkaufs von Holz für ihre Mitglieder zusprechen, damit sie auf die Konzentration auf der Abnehmerseite reagieren können. Für die weitere Entwicklung der heimischen Forstwirtschaft setzt die CDU auch auf eine verstärkte Forschung, um das technologische Potenzial des Rohstoffes Holz voll auszuschöpfen.	Der Wald liefert den umwelt- und klimafreundlichen nachwachsenden Rohstoff und Energieträger Holz. Die Forstwirtschaft leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Umwelt- und Klimavorsorge sowie zum Ressourcenschutz. Die CSU will den Wald als Quelle nachwachsender Rohstoffe pflegen und nutzen. Die Nutzung der Wälder sichert in vielen forstlichen Betrieben Einkommen und Beschäftigung. Dabei können die Betriebe von einer weltweit steigenden Nachfrage nach Holz und Holzprodukten profitieren. Die Entwicklungschancen der deutschen Forstwirtschaft wollen wir angesichts des zunehmenden Wettbewerbs und der Globalisierung gezielt nutzen. Im Mittelpunkt steht dabei die praxisorientierte und effiziente Förderung der forstlichen Selbsthilfeeinrichtungen. Für die weitere Entwicklung der heimischen Forstwirtschaft setzt die CSU auf eine verstärkte Forschung. Das technologische Potenzial des Rohstoffes Holz ist voll auszuschöpfen. Für uns sind die Pflege unserer Wälder und die nachhaltige Holznutzung ein unersetzbarer Beitrag zum Klimaschutz und zum Erhalt unserer lebenswerten Heimat.	Neben dem Waldbau hin zu ökologisch und an den Standort angepassten stabilen Mischwäldern, des Verbots von Kahlschlag und der Förderung einer nachhaltigen naturnahen Waldwirtschaft ist aus Sicht der LINKEN die Agroforstwirtschaft in Zukunft als eine Form der nachhaltigen Holzproduktion wirkungsvoll zu fördern. Dabei setzen wir nicht nur auf so genannte Kurzumtriebsplantagen, sondern auch auf echte Mischnutzungen von Acker- und Baum- bzw. Strauchkulturen.	Die potenzielle natürliche Vegetation in Deutschland ist Wald. Die nachhaltige Nutzung von Wäldern bietet daher gegenüber anderen Nutzungsformen der Fläche enorme ökologische Vorteile. Holz ist zurzeit unser wichtigster nachwachsender Rohstoff. Dies gilt für die rohstoffliche Nutzung genauso wie für die energetische Nutzung. Die nachhaltige Nutzung von Holz bildet damit das Rückgrat einer nachhaltigen Entwicklung. Das Cluster Forst und Holz weist bei Betrachtung im Rahmen der entsprechenden Clusterdefinition der Europäischen Union eine deutlich höhere volkswirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Bedeutung auf, als bisher angenommen wurde. Es ist gekennzeichnet durch etwa 185.000 Betriebe mit über 1,3 Mio. Beschäftigten, die einen Umsatz von über 180 Mrd. Euro erwirtschaften. Die Ausformung einer nachhaltigen Forstwirtschaft ist in einem walddreichen Land wie Deutschland von besonderer Bedeutung. Die verschiedenen Clusterstudien zeigen, dass sie entscheidend zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung des ländlichen Raumes beitragen kann.	BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine naturnahe Waldwirtschaft, das heißt für eine kahlschlagfreie Dauerwaldbewirtschaftung mit zumeist strukturreichen Mischwäldern und unterschiedlichen Altersstadien auf derselben Fläche und das möglichst flächendeckend. Ein nachhaltiger, naturnaher bewirtschafteter Wald sichert durch höhere Bestandsstabilität und höhere Holzqualität langfristig die Grundlage für die heimische Holzwirtschaft gerade auch in Zeiten des Klimawandels. Der Nutzungsdruck auf unsere Wälder steigt durch die wachsende Holz- und Bioenergienutzung. Hier bedarf es klarer Grenzen, um eine Übernutzung unserer Wälder zukünftig ausschließen zu können. Wir Grüne haben mit unserem Antrag (BT-Drs.: 16/9450) dazu aufgefordert, dass Bundeswaldgesetz diesen Umständen anzupassen. Kern unseres Antrages ist es, ökologische Mindeststandards für die Waldbewirtschaftung einzuführen und sie damit zukunftsfähig zu machen.

					<p>Die großen Holzvorräte in unseren Wäldern haben ein hohes Nutzungspotenzial. Die Nutzung von Holz im Bau sowie für die Herstellung von Möbeln, Zellstoff, die Erzeugung von Wärme und Strom aus Rest- und Durchforstungsholz liefert einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und stärkt gleichzeitig die regionale Wirtschaft. Holz ist ein wichtiger Werkstoff, um Gewichtseinsparungen zu realisieren und damit zur Energieeinsparung beizutragen. Die besondere Herausforderung für die Forstwirtschaft besteht darin, heute Wälder zu formen, die ökologischen Kriterien genügen, die den Klimawandel berücksichtigen und zukünftigen Anforderungen an die Nutzung von Holz gerecht werden. Die Produktion des nachwachsenden Rohstoffs Holz muss unter dem Nachhaltigkeitsgedanken sowohl ökologieorientiert als auch nutzungsorientiert erfolgen und heute in ihre Überlegungen einbeziehen, welche Holzarten in späteren Jahrzehnten gebraucht werden.</p>	
--	--	--	--	--	--	--

Forderung	SPD	CDU	CSU	Die Linke	FDP	Die Grünen
6. Langfristige Festlegung auf die Sicherung und den Abbau von im Wasser und Boden befindlichen Rohstoffen, der sich an ökologisch, ökonomisch und sozial verträglichen Maßstäben orientiert	Fasst 6, 7 und 9 zusammen: Im aktuell novellierten Naturschutz- und Wasserrecht sind der Schutz der Naturgüter und ihre nachhaltige Nutzung bereits im § 1 (Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege) bzw. in der Zweckbestimmung des Wasserrechts thematisiert. Naturnutzung darf nur erfolgen, wenn sie nachhaltig ist. Dies bedeutet, Naturgüter, die sich nicht erneuern, sind sparsam und schonend zu nutzen; sich erneuernde Naturgüter dürfen nur so genutzt werden, dass sie auf Dauer zur Verfügung stehen. Natürlich muss dabei auch die biologische Vielfalt und die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes auf Dauer gesichert sein. Erhebliche Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft müssen ausgeglichen oder ersetzt werden.	Als wichtige Industrienation und mit mehr als 80 Millionen Einwohnern hat Deutschland einen hohen Rohstoffbedarf. Die CDU will wollen eine am Nachhaltigkeitsprinzip orientierte Rohstoffwirtschaft und die Nutzung von nicht erneuerbaren und nachwachsenden Rohstoffen in einer Weise, die gegenwärtigen wie zukünftigen Generationen vergleichbare wirtschaftliche Potenziale ermöglicht und ökologische wie soziale Belastungen vermeidet. Bei der Erzeugung, Gewinnung, Aufbereitung von Rohstoffen sowie beim Rohstoffhandel sind für uns angemessene ökologische und soziale Standards von hoher Bedeutung. Ein Großteil der Massenrohstoffe, zum Beispiel Kies, Sand, Kalkstein und Ton kann innerhalb des Landes aus heimischen Lagerstätten gewonnen werden. Die Nutzung unserer heimischen Rohstoffpotenziale leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Rohstoffversorgung von Industrie, Handwerk und Bauwirtschaft und verringert die Abhängigkeit von Rohstoffimporten. Wir sind der Auffassung, dass die Rahmenbedingungen für die Nutzung heimischer Rohstoffe verbessert werden sollten, ohne dabei jedoch die umweltrechtlichen Regelungen einzuschränken. Besonders die Bundesländer sind gefordert, der	Die Produktion nachwachsender Rohstoffe ist ein großer Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum Klima- und Ressourcenschutz. Die Verknappung und Verteuerung der Energie auf den Weltmärkten eröffnen der einheimischen Land- und Forstwirtschaft neue Märkte und neue Einkommensquellen. Wir werden den Anbau nachwachsender Rohstoffe unterstützen, ohne die Ernährungssicherheit zu gefährden. Biomasse eröffnet als erneuerbarer Energieträger eine Vielfalt von Möglichkeiten – von der Wärme über Biokraftstoffe bis zu Biogas und Wasserstoff. Wir setzen uns für verlässliche Rahmenbedingungen ein, damit die bäuerliche Landwirtschaft diese Möglichkeit nutzen kann. Wir halten an der Förderung, etwa durch den Bonus für Strom aus nachwachsenden Rohstoffen, fest. Die Verwendung biogener Reststoffe wird für den energetischen Bereich zukünftig eine größere Rolle spielen. Die Besteuerung wollen wir unter aktueller Berücksichtigung der Ölpreisentwicklung so verlässlich gestalten, dass die heimische Produktion von Biokraftstoffen wettbewerbsfähig bleibt. Die CSU will dadurch auch erreichen, dass durch eigene	Die Rohstoffgewinnung ist im dicht besiedelten Deutschland mit vielfältigen räumlichen Nutzungsansprüchen ein besonders sensibler Bereich, in der durch zu geringe Beteiligung und Mitbestimmung der vom Rohstoffabbau negativ Betroffenen in der Vergangenheit viele Fehler gemacht wurden. So ist zum Beispiel der Braunkohle-Tagebau aus Sicht der LINKEN nicht mehr zukunftsfähig, da die energetische Verwertung von Braunkohle im höchsten Maß klimaschädlich ist und mit dem Abbau Siedlungsgebiete zerstört werden. Wir lehnen daher Neuerschließung von Braunkohle - Tagebauen ab, die auch zur Steigerung des ohnehin zu hohen Verbrauchs an land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen beitragen würden. Für andere Rohstoffbereiche müssen entsprechend sensibel die möglichen Folgewirkungen auf Natur und Umwelt berücksichtigt werden.		Die dramatischen Ereignisse von Nachterstedt haben erneut gezeigt, dass der Abbau von Rohstoffen mit langfristigen Risiken verbunden ist und ehemalige Reviere unsicher bleiben. Bundesweit belegen auch andere Beispiele, welche enormen Auswirkungen und langzeitige Wirkungen der Bergbau haben kann: Erdbeben im Saarland, metertiefe Setzungserscheinungen in Steinkohle- und Kaliabbaugebieten. Neben der Beeinträchtigung sozialer und kultureller Zusammenhänge findet auch großflächig Natur- und Landschaftszerstörung statt. Wir Grünen sind daher der Überzeugung, dass Pläne zum Abbau von im Wasser und Boden befindlichen Rohstoffen immer wieder anhand aktueller Erkenntnisse auf ihre Durchführbarkeit und damit verbundene Risiken geprüft werden müssen. Darüber hinaus fordern wir eine grundlegende Novellierung des überholten Bundesberggesetzes, da das bestehende Gesetz Bergbauvorhaben fatale Sonderprivilegien gegenüber anderen Rechten einräumt, ohne auf gesellschaftliche Belange wie die Rechte der Grundstückseigentümer Rücksicht zu nehmen.

		Rohstoffsicherung in der Raumplanung einen gleichgewichtigen Stellenwert einzuräumen.	Energieproduktion die Energieabhängigkeit von wenigen und zudem teilweise politisch sehr instabilen Regionen reduziert wird. Dabei muss der Einsatz nachwachsender Rohstoffe an Effizienz und Marktfähigkeit orientiert werden. Die Produktion von Rohstoffen muss jedoch umweltverträglich sein. Hierfür will die CSU die Forschung und Entwicklung vorantreiben.			
--	--	---	--	--	--	--

Forderung	SPD.	CDU	CSU	Die Linke	FDP	Die Grünen
7.Nachhaltige Bewirtschaftung der Gewässer und den Erhalt und die Förderung anderer natürlicher Ressourcen, um der heutigen und künftigen Generationen ein Leben in und mit der Natur zu ermöglichen		Die CDU will die Qualität der deutschen Gewässer weiter verbessern. Hierzu wollen wir anspruchsvolle Anforderungen an die Gewässergüte in Europa gemeinsam mit unseren Nachbarn umsetzen, Schadstoffe weiter vermindern sowie unseren zukunftsweisenden Gewässerschutz entwickeln.	Naturschutz, Boden- und Gewässerschutz, Hochwasserschutz, Pflege der heimischen Wälder und ihrer Schutzfunktion – diese großen Anstrengungen dienen dem Schutz unserer Lebensgrundlagen und der Lebensqualität in unserer Heimat. Die CSU will bei allen politischen Entscheidungen die Folgen für den Menschen, die Tiere und Pflanzen berücksichtigen. Zugleich wollen wir die Eigendynamik natürlicher Entwicklungen nicht behindern. Ganz konkret wollen wir die Qualität der deutschen Gewässer weiter verbessern. Wir wollen anspruchsvolle Anforderungen an die Gewässergüte in Europa gemeinsam mit unseren Nachbarn umsetzen, Schadstoffe weiter vermindern sowie unseren zukunftsweisenden Gewässerschutz entwickeln. Dazu wollen wir verstärkt in ausreichende Wasserrückhalte-räume, in die Sicherung der Wasserressourcen und in die stärkere Vernetzung der Wasserversorgungen investieren. Besondere Bedeutung für die Zukunftsvorsorge haben dabei die Trinkwasserschutzgebiete. Die Qualitätssicherung unseres Trinkwassers hat Priorität gegenüber anderen Interessen. Schließlich	Die Forderung nachhaltiger Bewirtschaftung und Nutzung zieht sich völlig berechtigt durch alle vom Menschen genutzte und beanspruchte Natur – und Lebensräume. Eine Bewahrung der durch die Natur und durch die Kombination von Natur und Bewirtschaftung errungenen vielfältigen Kulturlandschaft ist oberste Priorität im Umwelt - und Naturschutz. .		Eine intakte Umwelt ist für uns Lebensgrundlage und hat einen nicht zu beziffernden Nutzen und Wert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die natürlichen Ressourcen Boden, Wasser und Luft für die nachfolgenden Generationen erhalten bleiben. Die Zwischenergebnisse zur Wasserrahmenrichtlinie sind noch nicht zufriedenstellend. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass bis 2015 alle Gewässer der europäischen Gemeinschaft einen guten Zustand erreicht haben. Die Landwirtschaft spielt hier eine nicht zu vernachlässigende Rolle, zum Beispiel über diffuse Stickstoffeinträge in Ökosysteme. Leider hat die jetzige Bundesregierung es bei der Novellierung des Wasserrechtes versäumt, hier bessere Schutzstandards und Anreize zu verankern. Den Schutz fruchtbarer Böden sehen wir Grünen gerade in Zeiten des Klimawandels als existenziell an, um die Ernährung und die biologische Vielfalt zu sichern. Aber um die Böden in Europa ist es nicht gut bestellt. Seit Jahren weisen sie einen Trend zur Verschlechterung auf. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich darum für eine europäische

			<p>fordern wir, dass die bestehende nationale Strategie für die nachhaltige Nutzung und den Schutz der Meere konsequent umgesetzt wird. In diesem Zusammenhang sprechen wir uns auch für ein umfassendes Walfangverbot aus.</p>			<p>Bodenschutz-Rahmenrichtlinie aus. Diese hätte auch für Deutschland nur Vorteile. Der Boden als nicht erneuerbare Lebensgrundlage würde europaweit geschützt. Und die Wettbewerbsnachteile, die deutsche Unternehmen aufgrund des national gültigen Bodenschutzgesetzes bislang haben, würden aufgehoben.</p>
--	--	--	---	--	--	---

Forderung	SPD	CDU	CSU	Die Linke	FDP	Die Grünen
8. Anerkennung und Anrechnung der positiven Klimaschutzleistungen im Rahmen der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft	<p>Im Positionspapier „Landwirtschaft und Klimaschutz“, das die SPD-Bundestagsfraktion am 16. Juni 2009 beschlossen hat, wird festgestellt, dass die Land- und Forstwirtschaft in den Bezug auf den Klimawandel gleichzeitig Mitverursacher, unmittelbar Betroffene und Teil der Lösung ist. Weiter heißt es: „Die Treibhausgasemissionen der deutschen Landwirtschaft werden von der Agrarministerkonferenz (September 2008) auf 112 Mt CO₂äq, die der Vorleistungen auf 45 Mt CO₂äq beziffert. Dies entspricht einem Anteil an den Gesamtemissionen von etwa 11 % für die Landwirtschaft bzw. 4,5 % für die Vorleistungen. Im Fokus stehen hierbei insbesondere die intensive Rinderhaltung, die Nutzung von Moorstandorten und der Energieeinsatz zur Herstellung von Mineraldüngern. Analog zu anderen Wirtschaftszweigen muss die Landwirtschaft alle vorhandenen Potentiale zur Verminderung der Emissionen von Klimagasen ausschöpfen. Die Land- und Forstwirtschaft ist vom Klimawandel unmittelbar betroffen und braucht unsere Unterstützung. Die Agrarpolitik der SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die Anpassung der Land- und Forstwirtschaft an die Herausforderungen des Klimawandels, indem sie sich noch stärker als bisher an den Zielen einer standortangepassten und</p>	<p>Land- und Forstwirtschaft arbeiten mit und in der Natur und sind damit stark vom Klimawandel betroffen. Bei der landwirtschaftlichen Produktion werden Treibhausgase emittiert. Land- und Forstwirtschaft sind aber gleichzeitig die einzigen Wirtschaftsbereiche, die im Rahmen ihrer Produktion CO₂ fixieren und Sauerstoff freisetzen. Insbesondere Wälder spielen im globalen Kohlenstoffkreislauf eine bedeutende Rolle. Die CDU will die Land- und Forstwirtschaft zu einem festen Bestandteil der deutschen Klimapolitik machen, ihre Potentiale für den aktiven Klimaschutz nutzen und gleichzeitig die negativen Auswirkungen auf die land- und forstwirtschaftliche Produktion begrenzen. Als konkrete Maßnahmen schlagen wir vor, • den Anbau und die Verwendung nachwachsender Rohstoffe in allen Bereichen - Bioenergie, Biokraftstoffe, Bauwesen und Industrie – voranzubringen. Den Beitrag nachwachsender Rohstoffe zum Klimaschutz wollen wir insbesondere durch die Verwendung von Holz-, Rest- und Abfallstoffen, durch Effizienzsteigerungen und die Etablierung von Nachhaltigkeitsstandards noch vergrößern.</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Treibhausgasemissionen in der Landwirtschaft weiter zu reduzieren durch die 	<p>Die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft leistet einen großen Beitrag zum Klima und Ressourcenschutz. Die CSU wird u. a. deshalb die politischen Rahmenbedingungen so setzen, dass sich unsere Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft – konventionell und ökologisch wirtschaftende, Familienbetriebe und Gemeinschaftsunternehmen gut entwickeln können. Wir wollen ein Miteinander, kein Gegeneinander in der Landwirtschaft. Wir treten ein für die Honorierung der Leistungen der Landwirtschaft. Wir werden die Partnerschaft zwischen Landwirtschaft, Natur- und Umweltschutz über freiwillige Programme weiter stärken. Wir werden uns am Vorrang des Vertragsnaturschutzes orientieren. Die Umstellung auf den Ökolandbau werden wir weiter fördern und die Forschung intensivieren.</p>	<p>Die Land-Forst und Fischereiwirtschaft ist in besonderer Weise vom Klima und vom Klimawandel betroffen. Sie bringt je nach Produktionsrichtung sehr unterschiedliche eigene Beiträge zum Klimaschutz z, soviel ist bereits heute klar. Allerdings gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen über die Leistungen zum Klimaschutz durch die Agrarwirtschaft. Aus Sicht der LINKEN müssen daher die Forschungen zu den Klimaschutzleistungen der Agrarwirtschaft ausgebaut werden, um die Bewertung und Anrechnung der Leistungen exakter bestimmen zu können.</p>	<p>Durch die auch von der FDP geforderte Anerkennung von Wäldern als CO₂-Senken im Rahmen des Kyoto-Protokolls ist die Möglichkeit gegeben, die Forstwirtschaft in den Handel mit CO₂-Zertifikaten einzubinden und die Leistung der Wälder im Klimaschutz auch finanziell zu honorieren.</p>	<p>Der 4. Sachstandsbericht des IPCC von 2007 ordnet der Landwirtschaft 10 – 12 Prozent der Treibhausgasemissionen weltweit zu. Dabei berücksichtigt er weder die Emissionen, die durch eine Veränderung der Landnutzung wie Entwaldung, Grünlandumbruch oder Entwässerung von Mooren freigesetzt werden, noch die Emissionen, die bei der sehr energieintensiven Produktion von mineralischen Stickstoffdüngern entstehen. Berechnet man diese mit ein, entfällt ein Anteil von bis zu 32 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen auf die Landwirtschaft. Für Deutschland schätzt die Bundesregierung unter Einbezug aller von der Landwirtschaft verursachten Emissionen einen Wert von 11 – 15 Prozent. Ebenso wie alle anderen Wirtschaftszweige auch, muss die Landwirtschaft ihren Teil dazu beitragen, dass die klimarelevanten Emissionen signifikant reduziert werden und das Ziel, die Erderwärmung auf maximal zwei Grad zu beschränken, erreicht wird. Wir Grünen fordern daher, dass Klimaschutz als zentrales Ziel in der europäischen und nationalen Agrarpolitik verankert wird und</p>

	<p>diversifizierten Land- und Forstbewirtschaftung wie auch einer artgerechten und gesunden Tierhaltung orientiert. Um dies zu erreichen ist:</p> <p>a) ein Maßnahmenpaket aus einer gestärkten zweiten Säule zu entwickeln, das konsequent an den Zielen des Klimaschutzes ausgerichtet ist;</p> <p>b) über die Vorteile einer nachhaltigen Land- und Forstwirtschaft in Bezug auf zukünftige Risiken durch den Klimawandel und sich daraus ergebende Veränderungsnotwendigkeiten in der Land- und Forstwirtschaft aufzuklären;</p> <p>c) Wissenschaft, Forschung und Beratung zu intensivieren und so auszurichten, dass die Land- und Forstwirtschaft auf die bevorstehenden Herausforderungen des Klimawandels vorbereitet sind. Wichtige Forschungsschwerpunkte sind dabei unter anderem die Sortenzüchtung, Wasser-, Boden- und Nährstoffmanagement, Effizienzsteigerung in der ökologischen und nachhaltigen Landbewirtschaftung, Optimierung des Ressourceneinsatzes und der Anbausysteme in Forst- und Landwirtschaft.</p> <p>d) den Wirtschaftsbeteiligten Unterstützung beim Aufbau eines eigenen Risikomanagementsystems zu geben. Risikomanagement ist und bleibt Aufgabe der</p>	<p>Optimierung des Düngemitelesinsatzes und der Lagerung von Wirtschaftsdüngern, die Verbesserung der Futtermittelverwertung sowie Leistungssteigerungen in der Tierproduktion.</p> <ul style="list-style-type: none"> Grünland und humusreiche Böden als CO₂-Speicher zu erhalten und im Rahmen des Vertragsnaturschutzes CO₂-Senken, etwa durch Renaturierung von Niedermooeren, zu schaffen. Wälder durch nachhaltige Bewirtschaftung und den Aufbau stabiler Laub- und Mischwaldbestände zu stärken. Durch intelligente Holzverwendung (zum Beispiel Kaskadennutzung) wollen wir die CO₂-Speicherung des Waldes voll nutzen. Land- und Forstwirtschaft bei der Anpassung zu unterstützen. Mit Forschung und Rahmensetzung wollen wir die Züchtung widerstandsfähiger Pflanzensorten, die Entwicklung neuer Pflanzenschutzmittel und Wasser sparender Produktionsmethoden anregen. Den Wasserrückhalt in dürregefährdeten Agrar- und Waldlandschaften werden wir fördern. 				<p>Leistungen der Landwirtschaft dann auch entsprechend honoriert werden. Die Landwirtschaft spielt aber nicht nur als Emittent eine Rolle beim Klimawandel. Gleichzeitig hat sie – ebenso wie die Wälder - ein großes Potenzial, der Atmosphäre CO₂ zu entziehen und dieses als Kohlenstoff in Pflanzen oder der Humusschicht des Bodens zu binden. Dies muss besser genutzt und gefördert werden als bisher.</p>
--	--	--	--	--	--	---

	<p>einzelnen Betriebe. Mit einer standortangepassten Landbewirtschaftung und Vorsorgemaßnahmen in der Tierhaltung können Risiken wirksam vermindert werden. Risikoausgleich zum Beispiel durch Anbau verschiedener Kulturen oder Diversifizierung von Betrieben rücken ebenso wie die private Risikoabsicherung durch Rücklagen, privatwirtschaftliche Versicherungen oder vertragliche Regelungen (Terminkontrakte oder andere Absicherung von Erlösen) wieder stärker in den Blickpunkt landwirtschaftlicher Betriebe. Mehrgefahrenversicherungen sehen wir nicht als förderungsfähigen Teil der Risikovorsorge an. Unser Ziel ist es, Risiken zu minimieren. Mehrgefahrenversicherungen verringern die Notwendigkeit der Risikovorsorge, sie verleiten eher noch dazu, bei der Risikovorsorge zu sparen.</p> <p>e) zu prüfen, inwieweit land- und forstwirtschaftlich genutzte Böden als Kohlenstoffsinken Emissionszertifikate erwerben können; eine signifikante Steigerung der Humusgehalte ist dabei als Zielgröße zu definieren. Land- und Forstwirtschaft erhalten so einen ökonomischen Anreiz, gezielt den Humusgehalt der Böden zu steigern.“</p>					
--	---	--	--	--	--	--

Forderung	SPD	CDU	CSU	Die Linke	FDP	Die Grünen
9. Eine Politik, die sich eindeutig zum Grundsatz der Nachhaltigkeit bekennt und willkürlichen Nutzungsbeschränkungen eine Absage erteilt		Die Politik der CDU gründet in unserer Verantwortung für die Zukunft. Für uns ist Nachhaltigkeit ein grundlegender Handlungsmaßstab. Wir wollen die Lebenschancen der künftigen Generationen mehren und nicht verzehren. Nachhaltigkeit bedeutet für uns, konservativ bewahrend und zugleich fortschrittlich mit dem Mut zu neuen Wegen handeln. Alle Aspekte der Nachhaltigkeit „Ökologie, Ökonomie und Soziales“ sind uns wichtig. Deshalb ist Schutz durch Nutzung in Land- und Forstwirtschaft, bei Jagd und Fischerei unsere Devise. Wir werden die Partnerschaft zwischen Landwirtschaft, Natur- und Umweltschutz über freiwillige Programme weiter stärken und werden uns am Vorrang des Vertragsnaturschutzes orientieren.	Die CSU will den Reichtum der unterschiedlichen Formen der Landwirtschaft in Deutschland erhalten, denn sie prägen die kulturelle und landschaftliche Vielfalt Deutschlands. Wir setzen bei der Weiterentwicklung der gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik auf das europäische Agrarmodell einer nachhaltigen, multifunktionalen und vielfältigen Landwirtschaft und die flächendeckende Erhaltung der Kulturlandschaften. Wir werden die Partnerschaft zwischen Landwirtschaft, Natur und Umweltschutz über freiwillige Programme weiter stärken und werden uns am Vorrang des Vertragsnaturschutzes orientieren. Weiterhin wollen wir den Verlust landwirtschaftlicher Flächen durch Baumaßnahmen und ökologische Ausgleichsflächen eindämmen. Jeder Eingriff, der landwirtschaftliche Nutzfläche der Produktion entzieht, muss abgewogen werden und kommt nur als letzte Möglichkeit in Frage. Wir werden dafür sorgen, dass die Landwirte frühzeitig in geplante Vorhaben eingebunden werden und die Verantwortung für Ausgleichsflächen möglichst beim Landwirt belassen, das Flächenmanagement für Ausgleichsflächen verbessert und die Möglichkeit für	Politisch beschlossene Nutzungsbeschränkungen dürfen selbstverständlich nicht willkürlich sein sondern Nachhaltigkeitskriterien entsprechen. In der Regel ist es auch eher umgekehrt: Die Ansprüche z.B. zum Erhalt der Biodiversität können im Einzelfall zu Nutzungsbeschränkungen führen und sind in diesem Fall auch berechtigt. Hiervon sind nicht allein die Bereiche der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft betroffen, sondern grundsätzlich alle Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft, die Naturnutzung beanspruchen.	Eine nachhaltige Entwicklung ist geprägt von der gleichberechtigten Berücksichtigung ökologischer, ökonomischer und sozialer Belange. Die Fokussierung allein auf die Belange der Ökologie oder der Ökonomie wird dem Anspruch an eine nachhaltige Entwicklung nicht gerecht.	BUNDESDIENST/DIE GRÜNEN bekennten sich eindeutig zum Grundsatz der Nachhaltigkeit. Das Konzept der Nachhaltigkeit beschreibt die Nutzung eines regenerierbaren Systems in einer Weise, dass dieses System in seinen wesentlichen Eigenschaften erhalten bleibt und sein Bestand auf natürliche Weise nachwachsen kann. Wenn dies durch bestimmte Bewirtschaftungsformen gefährdet wird, sind Nutzungsbeschränkungen für die Politik der richtige Weg, um die Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Nutzungsaufgaben in Bezug auf den Boden-, Wasser- oder Naturschutz dienen dazu, im Sinne der Nachhaltigkeit die natürlichen Lebensgrundlagen für die nachfolgenden Generationen zu erhalten.

			einen finanziellen Ausgleich erweitert wird.			
--	--	--	---	--	--	--

Forderung	SPD	CDU	CSU	Die Linke	FDP	Die Grünen
10. Die Vereinfachung behördlicher Regelungen, weiterer Bürokratieabbau verbunden mit einer Stärkung des Ehrenamts	Grundsätzlich sind wir für die Vereinfachung behördlicher Regelungen und Bürokratieabbau, wobei eine Grenze der Möglichkeiten durch die Erhaltung von Standards gegeben ist. Wir sind für die Stärkung des Ehrenamtes. Der direkte Zusammenhang mit Bürokratieabbau ist allerdings erläuterungsbedürftig und lässt sich daher nicht ohne Weiteres beantworten.	Die CDU setzt sich dafür ein, dass Betriebe nicht durch wachsende Bürokratie und damit verbundene Kosten in ihrer Entwicklung behindert werden. Wir wollen weiter überflüssige Bürokratie abbauen und damit Kosten senken. Notwendige Kontrollen müssen effektiv und unbürokratisch durchgeführt und Dokumentations- und Berichtspflichten – wo immer möglich – reduziert und zusammengefasst werden. Wir werden in der Europäischen Union mit allem Nachdruck darauf drängen, dass Regelungen vereinfacht und nicht verkompliziert werden. Die Stärkung des Ehrenamtes gehört zu unseren besonderen Zukunftsprojekten für die nächste Legislaturperiode. Viele Menschen sind ehrenamtlich engagiert. Das wollen wir stärker fördern. In Zukunft werden in Deutschland mehr denn je Frauen und Männer gebraucht, die sich ehrenamtlich für das Gemeinwohl einsetzen. Dafür benötigen wir eine neue gesellschaftliche Initiative. Wir werden zukunftsweisend weitere Anreize schaffen, damit die vielen heute schon ehrenamtlich Tätigen auch morgen aktiv bleiben und wir neue für diese Aufgabe hinzugewinnen. Wir werden die Ehrenamtskultur in unserem Land stärken und hierzu ehrenamtliches Engagement gezielt von	Wirksamer Bürokratieabbau und weitere Deregulierung sind nur mit der Bereitschaft aller Bürger und Unternehmen zur Eigenverantwortung möglich. Der Staat muss Freiräume für das Engagement der Bürger schaffen. Die CSU vertraut auf die Gestaltungskraft und die Verantwortung der Bürger.	Bürokratieabbau muss der Gesellschaft und den Betrieben dienen. Sie darf weder zum Selbstzweck werden noch durch die Hintertür gesellschaftlich gewollte Standards schleifen. Es bleibt eine politische Aufgabe, unsinnige Bürokratie abzubauen. So ist zum Beispiel die Einführung eines schon geplanten Umweltgesetzbuches eine wirksame Möglichkeit, bürokratische Vorgänge zu vereinfachen und damit effizienten Bürokratieabbau zu leisten. Für die LINKE ist von besonderer Bedeutung, dass Beteiligungsrechte und – verfahren für von bürokratischen Entscheidungen Betroffene nicht weiter reduziert werden.	Unter Rot-Grün aber auch unter Schwarz-Rot wurden neue Bürokratiemonster und Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der heimischen Landwirte durchgesetzt. Die FDP steht für Bürokratieabbau und eine 1:1-Umsetzung von EU-Recht. Die FDP setzt sich für eine dauerhafte Entlastung beim Agrardiesel ein.	Bürokratieabbau ist ein Thema, an dem kontinuierlich gearbeitet wird und weiter gearbeitet werden muss. Aber z.B. die Diskussion um die Aufhebung der staatlichen Vorgaben für den Inhalt der Schlachtabrechnungen im Rahmen des Fleischgesetzes hat auch gezeigt, dass der Abbau von Bürokratie auch gravierende Nachteile mit sich bringen kann. Für uns Grüne ist klar: Bürokratieabbau darf nicht zum Abbau von sinnvollen Standards im Bereich Verbraucher-, Umwelt-, Klima-, Natur- oder Tierschutz führen. Ehrenamtliches Engagement verdient eine dauerhafte Anerkennungskultur auch von politischer Seite. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich außerdem für die Absicherung der mit ehrenamtlichen Tätigkeiten verbundenen Risiken ein.

		<p>Bürokratie befreien. Für die öffentliche Würdigung setzen wir uns ebenso ein, wie für die Anerkennung von ehrenamtlicher Arbeit und geleisteten Freiwilligenjahren in den Berufsbiografien. Zudem werden wir Ehrenamtsbörsen einrichten, Freiwilligenagenturen fördern und die Ehrenamts-card weiterentwickeln.</p>				
--	--	--	--	--	--	--

Forderung	SPD	CDU	CSU	Die Linke	FDP	Die Grünen
11. Sicherung des Natur- und Gewässer- und Bodenschutzes in kooperativer Form statt durch Ordnungsrecht	Erfolgreicher Natur-, Gewässer und Bodenschutz kann nicht ohne die Kooperation mit den Nutzern funktionieren. Die SPD ist für die Nutzung des Vertragsnaturschutzes. Allerdings reichen die finanziellen Anreize für die Ausübung von Maßnahmen des Vertragsnaturschutzes oft nicht aus, um die erhofften Teilnehmerzahlen zu erreichen. Angesichts knapper Mittel in den öffentlichen Haushalten werden daher ordnungsrechtliche Regelungen wie Schutzgebietsausweisungen oder Naturschutzverordnungen auch in Zukunft erforderlich sein, denn ein langfristiger Schutz kann durch den Vertragsnaturschutz allein nicht gewährleistet werden.	Wo andere verbieten, setzt die CDU Rahmenbedingungen für einen kooperativen Umweltschutz, der die Eigenverantwortung der Beteiligten stärkt und ihr neuen Schwung verleiht. Nur so findet Umweltschutz Akzeptanz und Unterstützung. Beispielhaft für diese Politik steht die aktuelle Novelle Bundesnaturschutzgesetzes, welche eine wesentliche Stärkung des kooperativen Naturschutzes mit sich brachte. Kooperation mit den Betroffenen vor Ort ist unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Naturschutzpolitik und erzielt die beste Wirkung für die Umwelt. Dabei ist das ehrenamtliche Engagement, beispielsweise in den Naturschutzverbänden, unverzichtbar. Wir setzen uns auch für einen vernünftigen Bodenschutz ein und setzen Anreize für die Verminderung des Flächenverbrauchs. Eine EU-Richtlinie zum Bodenschutz lehnen wir ab.	Wir stehen zu unserer Verantwortung gegenüber der Schöpfung. Für uns gehören Soziale Marktwirtschaft und ökologische Verantwortung untrennbar zusammen. Wir setzen in der Umweltpolitik auf Anreize statt auf Verbote. Die CSU hat einen kooperativen Umweltschutz entwickelt, mit dem wir alle gesellschaftlichen Kräfte sowie Kompetenzen und Ressourcen von Staat und Wirtschaft bündeln. Die beste Wirkung für die Umwelt erzielen wir mit Kooperationen statt Konfrontation. Mit dem Umweltpakt wurde ein neuer Weg der Verantwortungsgemeinschaft von Staat und Bürger erschlossen. Kooperativer Umweltschutz bedeutet dabei keinen Verzicht auf notwendige Gesetze und Kontrollen, aber wir wollen die Bürger nicht bevormunden. Unnötige Reglementierungen müssen abgebaut werden. Wir wollen die Anreize, Förderungen und die Besteuerung so gestalten, dass umweltbewusstes Handeln für Produzenten und Konsumenten im Wettbewerb nicht nachteilig, sondern lohnend ist. Die Folgekosten des Verbrauchs natürlicher Güter müssen bei den Steuern entsprechend bewertet werden. Das Steuersystem muss in Zukunft menschliche Arbeit	Die LINKE teilt die Auffassung, dass vertragliche Vereinbarungen im Ergebnis zumeist besser sind als das Ordnungsrecht. Das hat sich besonders im aktiven Naturschutz gezeigt. Dennoch lehrt die Erfahrung, dass freiwillige Vereinbarungen nicht immer das Ordnungsrecht ersetzen können. In diesen Fällen muss konsequent gehandelt werden.	Die FDP steht für Kooperation statt Konfrontation. Wir setzen auf ein kooperatives Miteinander insbesondere mit den Naturnutzern wie Jäger, Land- und Forstwirte, Angler, Imker und Winzer. Zudem müssen freiwillige Vereinbarungen über den Vertragsnaturschutz Vorrang vor ordnungsrechtlichem Handeln haben. Liberale lehnen ideologische und damit sachfremde Bewertungen ab, da sie unbürokratische und praxisgerechte Lösungen erschweren bzw. verhindern.	Die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und eine intakte Umwelt können auf das Ordnungsrecht nicht verzichten. Denn eine kritische Bilanz des heutigen Stands bei Natur-, Gewässer- und Bodenschutz zeigt, dass wir weit davon entfernt sind, selbst gesetzte Ziele zu erreichen. Deutschland und der europäischen Union wird es zum Beispiel nicht gelingen, den Verlust der biologischen Vielfalt bis 2010 zu stoppen. Um solche Ziele umzusetzen, aber auch um europaweit einheitliche Standards und damit gleiche Wettbewerbsbedingungen zu haben, brauchen wir das Ordnungsrecht. Der Vertragsnaturschutz und andere kooperative Formen können als weiteres wichtiges Instrument die gesetzlichen Vorgaben ergänzen, um Biotope und Arten unserer Kulturlandschaft zu erhalten.

			<p>stärker entlasten und dem Verbrauch natürlicher Güter seine Folgekosten gezielter zurechnen.</p> <p>Steuerbegünstigungen, die umweltbelastende Folgen haben, müssen abgebaut werden. Dabei ist es wichtig, dass eine Abstimmung in der Europäischen Union und durch internationale Abkommen notwendig ist, um Wettbewerbsverzerrungen zu reduzieren.</p>			
--	--	--	---	--	--	--

Forderung	SPD	CDU	CSU	Die Linke	FDP	Die Grünen
12. Umsetzung europäischer Richtlinien in nationales Recht ohne Überschreitung ihres ursprünglichen Regelungsinhalts	Umsetzung von EU-Recht erfolgt unter den Prämissen extern erfolgter Rechtsetzung. Davon unabhängig finden auch auf nationaler Ebene und ggf. sogar zeitgleich Diskussionen über erforderliche oder wünschenswerte Rechtsanpassungen statt. Soweit es aber beim Prozess der Rechtsanpassung an EU-Recht keine weitergehenden Erwägungen gibt, wird auch nur das nationale an dieses übergeordnete europäische Recht angepasst. Besteht dagegen aus anderen Gründen Regelungsbedarf, sollte man das durch EU-Recht ausgelöste Rechtsetzungsverfahren sinnvollerweise nutzen. Und da solche nationalen Erwägungen in aller Regel eine breite Diskussion voraussetzen, besteht für die Öffentlichkeit im Allgemeinen und die Verbände im Besonderen ausreichend Gelegenheit, um auf die Willensbildung entsprechend Einfluss zu nehmen.	Die CDU setzt sich in Europa für einheitlich strenge Regelungen und eine Harmonisierung von Umweltstandards ein. Wir tragen Sorge für eine wettbewerbsneutrale („1 zu 1“) Umsetzung von EU-Richtlinien.	Wir werden weiter auf den Abbau überflüssiger Bürokratie in der EU-Agrarpolitik drängen. Darüber hinaus tragen wir Sorge für eine wettbewerbsneutrale („1 zu 1“) Umsetzung von EU-Richtlinien. Wir setzen uns in Europa für einheitlich strenge Standards ein. Die EU ihrerseits muss in den weltweiten Handelsübereinkommen für die Anerkennung von Standards des Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutzes eintreten.	Europäische Richtlinien und Verordnungen bilden eine Rahmengesetzgebung, die im Regelfall in nationales Recht umgesetzt werden muss. Dabei muss das Ziel Überregulierungen zu vermeiden, im Auge behalten werden. Andererseits sind die nationalen und regionalen Anpassungen europäischer Gesetze in der fachlich angemessenen Komplexität zu berücksichtigen, entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip. In Bezug auf die Umsetzung europäischer Richtlinien ist gerade die Auswirkung des Gebots der Subsidiarität, dass die Forderung einer eins zu eins Umsetzung dieser Richtlinien pauschal und nichtssagend ist. Die EU – Richtlinien können nur einen groben Rahmen bieten, der den höchst unterschiedlichen Gegebenheiten in den Mitgliedsstaaten nicht gerecht werden kann. Dafür sind die Gesetzgebungen auf nationaler Ebene zuständig. Für die geplante Europäische Bodenschutzrichtlinie bedeutet das beispielsweise, dass Veränderungen auf nationaler Ebene in Deutschland so gut wie gar nicht zu erwarten sind, ein verbesserter Bodenschutz in anderen Mitgliedsstaaten hingegen zur Wirkung kommt.	Die Bereitstellung spezieller Hilfen im investiven Bereich der Forstwirtschaft über die ELER-Verordnung (ELER: Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) sollte ebenso verstärkt gefördert werden wie die Beantragung europäischer Fördermittel im Bereich der forstbezogenen Forschung und Entwicklung sowie der Aus- und Weiterbildung. Das Gleiche gilt für Mittel des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) zur Unterstützung einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung.	Wir Grünen vertreten die Position, dass sich die deutsche Politik nicht im vor hinein auf eine 1:1 Umsetzung von europäischen Vorgaben festlegen sollte. Denn auf europäischer Ebene muss ein Kompromiss aus den Positionen der 27 Mitgliedsstaaten gefunden werden. Jeder Mitgliedsstaat sollte sich vorbehalten, eigene Akzente und Schwerpunkte seiner Politik durch eine strengere Umsetzung der europäischen Vorgaben zu verwirklichen. Das nutzt auch einer Qualitätsproduktion in Deutschland.